



Während des Aufzuges der »Alternative für Deutschland« kam es zu einer Sitzblockade im Riemekeviertel. Deren Bewohner beschwerten sich jetzt und fordern, künftige Kundgebungen auf dem Maspornplatz zu genehmigen. Foto: Besim Mazhiqi

Demos belasten Riemeke

Kundgebungen und Aufzüge sollen auf dem Maspornplatz stattfinden

Paderborn (WV). Massives Polizeiaufgebot, Straßensperrungen und abgeriegelte Stadtbereiche anlässlich der Demonstrationen zum Asylrecht und zur Willkommenskultur am 12. Februar haben Bewohner im Riemekeviertel erschreckt. Sie regen an, dass Aufzüge und Kundgebungen auf dem Maspornplatz stattfinden sollten.

Als Sprecher des Riemekeviertels haben sich jetzt der bekannte Gastwirt Bernhard Queren (»Bei Bernie«) mit Ehefrau Hedwig Queren zu Wort gemeldet. »Zu den elementaren Grundrechten der Bürger gehören das Recht der freien Meinungsäußerung ebenso, wie das Recht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit«, betonen sie. Das Sicherheitsgefühl der Bürger habe nicht erst anlässlich der Ereignisse in der Silversternnacht in vielen deut-

schen Großstädten erheblich gelitten. Dementsprechend groß angelegt seien Bemühungen der Kreispolizeibehörde Paderborn gewesen, die beiden Veranstaltungen zu schützen und gewalttätige Ausschreitungen jedweder Art im Keim zu ersticken.

Bernhard Queren: »Aber welches Stadtbild hat sich zwischen 17 und 22 Uhr in unserer Innenstadt gezeigt? Hermetisch abgeriegelte Stadtviertel, insbesondere in der City, im Bereich des Hauptbahnhofes, der Bahnhofstraße sowie des nahezu ganzen Riemekeviertels.« In der Riemekestraße ansässige Gewerbetreibende und Einzelhändler hätten um 17 Uhr schließen können, denn Kunden seien zu jener Zeit ja ohnehin nicht mehr dorthin gelangt, um Einkäufe zu tätigen.

So betreiben Bernhard und Hedwig Queren seit vielen Jahren in der Riemekestraße ein Schanklokal, das an jenem Freitagabend (»nicht zum ersten Mal«) nicht oder nur unter großer Mühe weniger Stammgäste zu erreichen gewesen

sei. Viele Gäste seien verschreckt oder gar vom Gaststättenbesuch gänzlich abgehalten worden. Dabei hätten sich Gäste einfach nur das Spiel des SC Paderborn im Fernsehen der Gaststätte anschauen wollten.

Versammlungs- und Demonstrationen dürfe nicht einseitig zu Lasten von Einzelhandel und Gastronomie führen und ausgelebt werden. Polizeibarrieren und starke Polizeiposten an nahezu jeder Straßenecke, die jeden Passant überprüften und noch dazu befragten, wohin er oder sie gehen möchte, sicherten auf der einen Seite zwar die Veranstaltungen ab, führten aber andererseits im Bewusstsein ohnehin verunsicherter Menschen dazu, diesen Bereich sicherheitshalber gänzlich zu meiden, weil gewalttätige Ausschreitungen von Demonstrationsteilnehmern zu befürchten oder gar zu erwarten seien.

Bernhard Queren: »Menschen meiden solche Viertel und dementsprechend auch Einzelhandel und Gastrono-

mie. Die Folge seien erhebliche Umsatzeinbußen von Gastgewerbe, Einzelhandel und Dienstleistung, deren Kosten aber weiterliefen und nicht aufgefangen werden könnten. Queren: »Anstatt derlei Veranstaltungen nun aus der Stadt herauszuhalten und Kundgebungen denkbarerweise auf dem Maspornplatz zu veranstalten, holen wir uns solche ausufernden Veranstaltungen und alle in diesem Zusammenhang stehenden Unannehmlichkeiten inklusive aller Ärgernisse direkt in die City hinein.« Die Ankündigungen der Veranstalter, die Demonstrationen in Kürze wiederholen zu wollen, bedeuteten, dass Unternehmer im Riemekeviertel wohl auch in Zukunft die Zehne dafür bezahlen müssten. Queren: »Kundgebungen können jederzeit stattfinden, gehören aber auf erheblich größeren Platanlagen veranstaltet.« Das Recht auf Freiheit ende dort, wo andere Menschen in unserem Land in ihrer Freiheit eingeschränkt werden.

Flüchtlinge kosten 28,2 Millionen

Bielefeld (WB/MiS). Die Stadt Bielefeld hat jetzt ausgerechnet, was sie für die ihr zugewiesenen Flüchtlinge (2015: 3400 Menschen) aufwendet. Danach muss sie in diesem Jahr 28,2 Millionen Euro aus dem Stadtsäckel zuschießen. Die Gesamtkosten liegen bei 80 Millionen. Die Differenz übernehmen Bund und Land.

AfD-Mitgliedschaft Versetzungsgrund

Düsseldorf (dpa). Die Stadtverwaltung Düsseldorf hat einen Beamten versetzt, weil er aktives Mitglied der AfD ist. Einen entsprechenden Bericht der »Bild«-Zeitung am Freitag bestätigte eine Sprecherin der Stadt. Der Beamte sei im Wohnungsamt für die Vermittlung von Flüchtlingswohnungen zuständig gewesen. »Seine Parteimitgliedschaft passt nicht zu diesem Arbeitsbereich«, sagte Stadtdirektor Burkhard Hintzsche.